

# Auch Post und Allee werden aufgepeppt

**Eiltempo** Die Liestaler Planung schreitet voran - jetzt werden Vorhaben zwischen Bahnhof und Altstadt bekannt

VON ANDREAS HIRSBRUNNER

Der Schwung aus der Planung des neuen Liestaler Bahnhofs schwappt offensichtlich auch aufs benachbarte Postareal über. Für dieses Gebiet hat die Post vor ein paar Tagen eine Machbarkeitsstudie abgeschlossen, bei der - wie auch rund um den Bahnhof - die Stadt Liestal mitwirkte (die bz berichtete). Stadtpräsident Lukas Ott informierte nun nach Absprache mit der Post erstmals detaillierter über die Vorstellungen rund um eine neue Post.

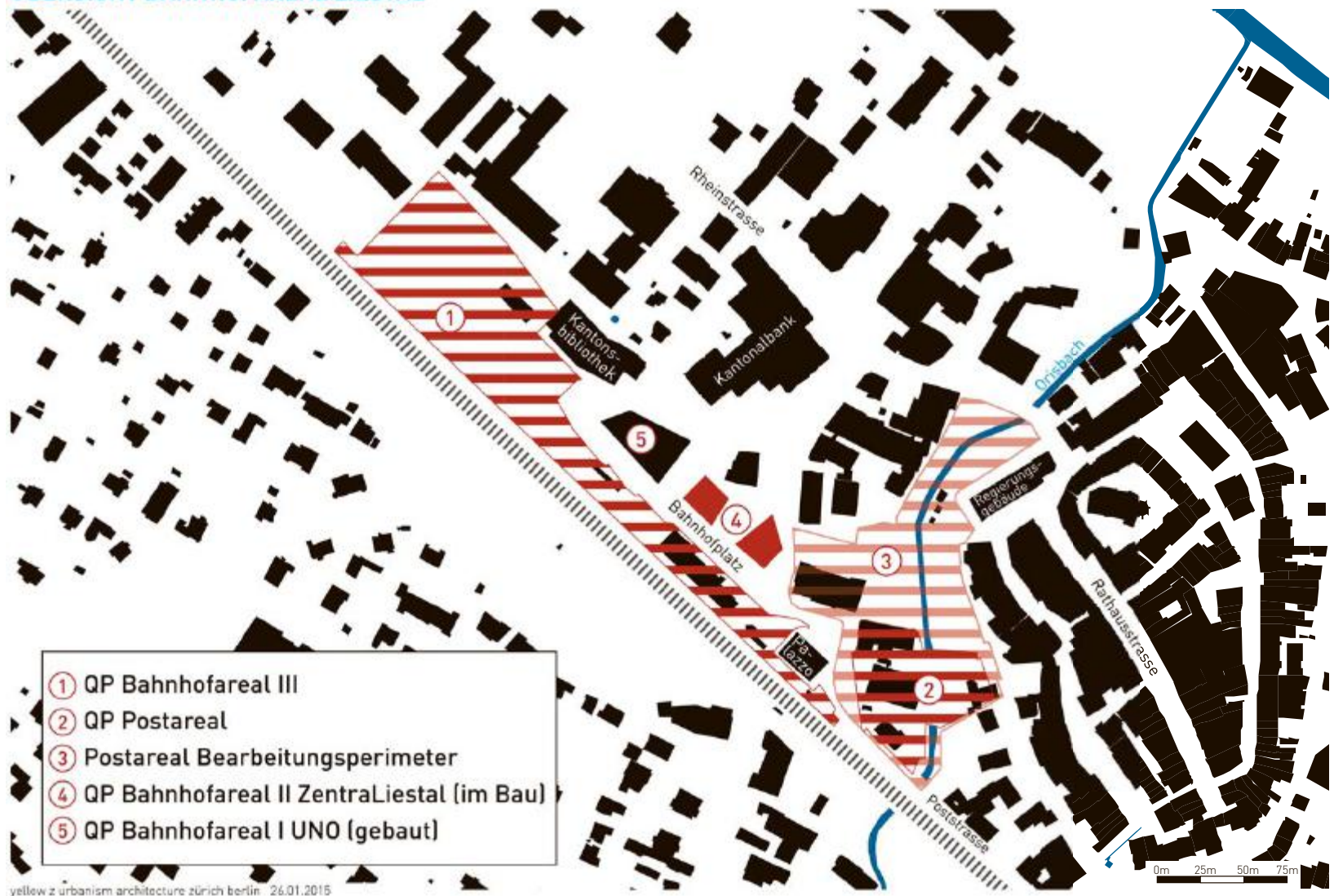
Und er machte gleich klar, dass auch bei diesem Projekt eine übergeordnete Sicht gilt: «Es geht bei der Planung nicht nur ums Postgebäude, sondern wir beziehen auch die umliegenden Liegenschaften mit ein und denken räumlich bis an die Rheinstrasse unterhalb des Regierungsgebäudes.» Das heisst, die Allee, der Orisbach und auch das Areal rund ums geschützte und nicht zur Disposition stehende Gerichtsgebäude gehören mit zum Planungsperimeter (auf dem nebenstehenden Plan die Nummern 2 und 3). Besonders die heutige Allee mit vielen Parkplätzen, einem etwas öde wirkenden, teils gemergelten, teils geteerten Plätzchen und einem kanalisierten Orisbach ist Ott ein Dorn im Auge: «Das ist jetzt ein undefinierter Unort mit sehr bescheidenem Charme und wenig Aufenthaltsqualität.»

## Jetzt sind Städtebauer gefragt

Deshalb sei eine der Anforderungen der Stadt gewesen, die Allee in die Planung mit einzubeziehen und deren Qualität für die Öffentlichkeit zu steigern. Wer aber die Allee von den parkierten Autos befreien will, muss Ersatz bieten, sonst scheitert er in Liestal unweigerlich; das hat die Vergangenheit bewiesen. Der Stadtrat hat deshalb der Post unter deren Areal die Erstellung eines öffentlichen Tiefparkings vorgeschlagen. Im Weiteren sollen das bereits ausgearbeitete, kantonale Renaturierungsprojekt für den Orisbach sowie eine hindernisfreie Fussgänger-Verbindung vom Bahnhofplatz zur Altstadt via Postareal in die Planung einfließen.

All diese Anforderungen seitens der Stadt sowie jene von Post Immobilien sind in die Machbarkeitsstudie eingeflossen. Dazu Ott: «Bei dieser Studie ging es darum zu beurteilen, ob es genügend Potenzial für eine weitere Nutzung gibt. Das Fazit heisst eindeutig Ja. Deshalb gehen wir nun ins Varianzverfahren.» Das ist ein städtebaulicher Studien-Wettbewerb, bei dem diverse Planungsbüros ihre Vorschlä-

## ÜBERSICHT BAHNHOFAREAL LIESTAL



- ① QP Bahnhofareal III
- ② QP Postareal
- ③ Postareal Bearbeitungsperimeter
- ④ QP Bahnhofareal II ZentraLiestal (im Bau)
- ⑤ QP Bahnhofareal I UNO (gebaut)

yellow z urbanism architecture zürich berlin 26.01.2015

Die Quartierplanung Bahnhofareal III (Nummer 1) umfasst den neuen Bahnhof sowie das geplante Verwaltungsgebäude. Die Quartierplanung Postareal (Nummer 2) beinhaltet die Post sowie die benachbarten Gebäude und der Postareal-Bearbeitungsperimeter (Nummer 3) die Allee, den Lüdlin-Park und das Gerichtsgebäude. ZVG

ge einbringen, wie all die vorliegenden Forderungen von Stadt und Post unter einen Hut gebracht werden können.

## Alles zusammen wäre zu ambitiös

Dieser Wettbewerb soll im kommenden Sommer starten; zuvor wird nun aufgrund der Machbarkeitsstudie noch ein Pflichtenheft ausgearbeitet. Ott hofft, dass Ende Jahr das Siegerprojekt feststeht, das dann wiederum Grundlage für einen Architekturwettbewerb für die konkrete Gestaltung der neuen Gebäude und der Quartierplanung ist. An diesem Punkt steht übrigens jetzt die Planung des neuen Bahnhofs samt Verwaltungsgebäude; die Postplanung hinkt somit rund ein Jahr hinterher. Dieses gestaffelte Vor-

**«Die Allee ist jetzt ein undefinierter Unort mit sehr bescheidenem Charme und wenig Aufenthaltsqualität.»**

Lukas Ott  
Liestaler Stadtpräsident

gehen wertet Ott positiv, denn alles zusammen wäre für ihn zu ambitiös. Und zum bisherigen Prozess rund um die Post und die Allee sagt Ott: «Das war klärend für den Stadtrat, denn wir mussten formulieren, was überhaupt die öffentlichen Anliegen sind.» Auch schätze er, wie offen die Post das Ganze angehe, sagt Ott.

## Brücke über den Stadtpark

Wagen wir einen Blick in die nähere Zukunft, sagen wir einmal ins Jahr 2022: Wir steigen in Liestal aus dem Zug und gehen auf den Bahnhofplatz. Linkerhand sehen wir einen schlanken, vierstöckigen Bahnhof, weiter hinten ein etwas massigeres Verwaltungsgebäude, das den Bahnhofplatz nach Westen abschliesst. Direkt vor

uns stehen die beiden fünfstöckigen Gebäude der Migros-Pensionskasse mit mehreren Einkaufsläden im Erdgeschoss. Wenden wir den Kopf nach rechts, erblicken wir etwas versetzt zum «Palazzo» das neue Postgebäude, das den Bahnhofplatz nach Osten abschliesst. Zwischen Post und Gericht können wir die Altstadt sehen und eine elegante Fussgängerbrücke, die direkt dorthin führt. Wir betreten sie und können auf den Stadtpark hinunterblicken, durch den sich der Orisbach schlängelt.

Ob tatsächlich so wird, werden die nächsten Jahre weisen. Doch das, was heute auf dem Bahnhof- und dem Postareal sowie in der Allee aufgegleist wird, zeigt in diese Richtung.

INSERAT



**Gemeinsam für bürgerliche Lösungen**

**Jetzt wählen!  
Diese Vier**

Kanton Basel-Landschaft  
Wahlzettel für die Wahl des Regierungsrates  
vom 8. Februar 2015

Gschwind  
Lauber  
Pegoraro  
Weber

Die 5. Zeile leer lassen

Überparteiliches Komitee «Für eine bürgerliche Baselpolizei Regierung», Pf. 633, 4410 Liestal www.buergerliche-regierung.ch

## Quartierschulhäuser sollen bleiben

**Reinach** Drei Einwohnerratskommissionen wollen das Surbaum-Schulhaus neu bauen und widersprechen damit dem Gemeinderat.

VON TOBIAS GFELLER

Der Aufschrei im Norden Reinachs war gross, als der Gemeinderat bei der Schulraumplanung die Variante mit der Schliessung des Surbaum-Schulhauses und einem grossen Schulzentrum Weiermatten für rund 700 Schüler ins Auge fasste. Eine Petition mit 1500 Unterschriften wurde vor einem Jahr übergeben.

Der Aufschrei zeigte Wirkung - zumindest beim Einwohnerrat. Dieser traf sich am Montag zur Sitzung. Die Sachkommissionen Bildung, Soziales und Gesundheit (BSG), Bau, Umwelt und Mobilität (BUM) sowie die Planungskommission (Plako) kamen nach einem ganzen Jahr Arbeit zum Schluss: Sie wollen das Quartierschulhaus Surbaum nicht nur erhalten, sondern ganz neu bauen. Vom Schulzentrum Weiermatten in dieser Form sehen sie ab. Damit wollen sie zu lange Schulwege für die Schülerinnen und Schüler verhindern. Nach diesem Grundsatz sollen

die Reinacher Schulhäuser «erreichbar, brauchbar und finanzierbar» sein. Dafür rechnen die Kommissionen mit ungefähr 46,5 Millionen Franken Kosten für das Surbaum-Schulhaus. Dabei orientieren sie sich an den Vorgaben des Gemeinderats.

## Viel Lob für die Konsenslösung

Die Schulhäuser Weiermatten, Fiechten und Aumatten sollen saniert und nötigenfalls ausgebaut werden. Der Reinacherhof wie auch der Sekundarschultrakt des Schulhauses Fiechten sollen an die International School verkauft werden. Um die gesamte Finanzlast im Rahmen zu halten, sollen die Sanierungen in Etappen verlaufen. «Was ist erforderlich für den Schulbetrieb», lautet einer der Grundsatzworte der Schulraumplanung. Gemäss den Kommissionen könne dies auch dreissig Jahre dauern. Dagegen wehrte sich Gemeinderätin Béatrix von Sury, die gerade bei der Erdbebensicherheit nicht zuwarten will. Sie «unwahrscheinlich» bezeichnete sie die von den Kommissionen geschätzten gesamten Nettoinvestitionen von 50 bis 65 Millionen Franken. Sie rechne mit höheren Kosten.

Von den Fraktionen erhielt der Vorschlag grösstenteils Lob und vor allem viel Dank. Den Mahnfinger hob die

CVP, die eine Begünstigung des Surbaum-Quartiers sieht. Matthias Christen rechnete vor, wie viel die Gemeinde für einen Schüler im Surbaum im Vergleich zu den anderen Quartieren ausgeben würde. Nun liegt der Ball wieder beim Gemeinderat, der noch in diesem Jahr eine Machbarkeitsstudie und eine Grobkostenschätzung für das neue Surbaum-Schulhaus in Auftrag geben wird.

## Gemeinderat ist für InterGGA

Über das Postulat von SVP-Einwohnerat Urs Treier zum Ausstieg aus der InterGGA, einem Kabelnetzbetreiber, soll die BUM beraten und nicht wie von der SVP verlangt eine Spezialkommission. Gemeinderat Silvio Tondi (SP) sprach sich zum wiederholten Mal für den Verbleib Reinachs bei der InterGGA aus. Dies sei sowohl für die Kinder wie auch aus finanzieller Sicht wegen einer drohenden Schadensersatzforderung für die Gemeinde besser. Ob eine solche Forderung überhaupt möglich ist, stellte Adrian Billerbeck (SVP) infrage. Rosmarie Wyss (BDP) verlangte von Tondi, den laufenden Übertritt von der Improware AG zur Quickline sofort zu stoppen. «Das ist jetzt unmöglich und liegt nicht in meiner Kompetenz», antwortete Tondi. Nur das Volk könne dies bestimmen.